

Zur Weltkonjunktur – 01/17



Der monatliche Kurzbericht zur Lage der Weltwirtschaft
aus dem Hause J.S. Research KG
Autor: Jakob Steffen
steffen@j-s-research.org

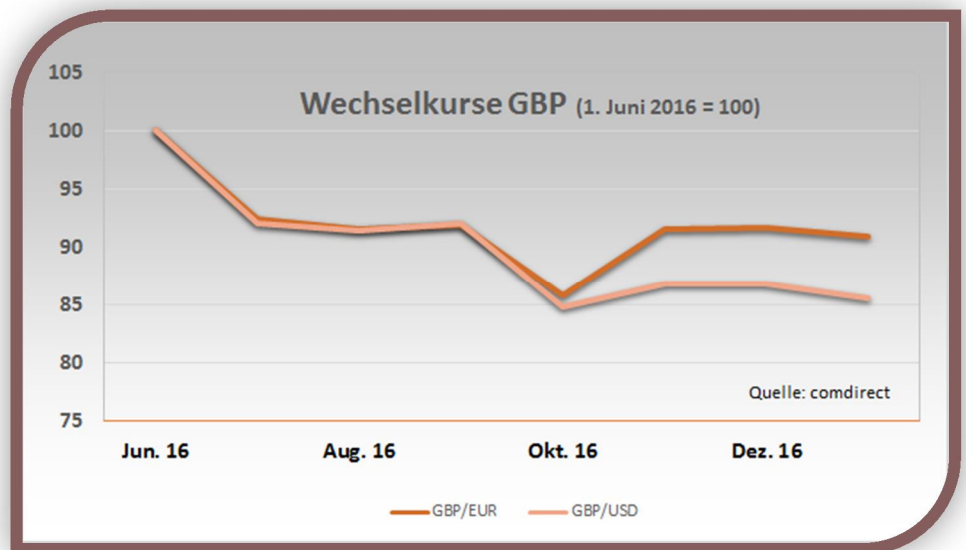
„Harter“ Brexit lautet das Ziel – doch Risiko eines unfallartigen Rauswurfs gestiegen

Es ist immer deutlicher geworden dass, auf einer persönlichen Ebene, die Vita von Theresa May (sie hat in Oxford Geographie anstelle des für angehende Politiker klassischen PPE – Philosophy, Politics, and Economics – studiert) ebenso wie ihr Wirken im Home Office (wo sie einen eisernen Griff auf nahezu jedes Detail der Arbeit des Ministeriums ausübte) große Erklärungskraft dafür haben, wieso sie in ihrer Rede in Lancaster House nun den ‘harten’ Brexit als Britanniens Ziel ausgerufen hat. Tatsächlich deutet ihr bisheriges Berufsleben darauf hin, dass sie einer strikten Eigenkontrolle von Großbritanniens Angelegenheiten stets den Vorzug vor anderen Erwägungen geben wird, sogar wenn das den völligen Bruch mit allen vertraglichen Verbindungen zur EU bedingen sollte. Der Hang

der Premierministerin zur absoluten Kontrolle ebenso wie ihre Nerven haben sich bereits im Umgang mit Kabinett und Partei unter Beweis gestellt: Sie hält fortlaufend Außenminister Boris Johnson klein und duldet kaum Kritik, wie die frühere Bildungsministerin Nicky Morgan erfahren musste, als sie die teure Kleidungswahl der Premierministerin kommentierte und prompt

zur Persona non grata ausgerufen wurde – eine vielsagende Episode trotz ihres Boulevard-Charakters. Besonders überraschend war daher die Ankündigung ausgerechnet von David Davis, Minister für den Brexit und einer der schärfsten Euroskeptiker der ersten Stunde, dass Britannien durchaus bereit sein könnte, für einen „speziellen Zugang“ zum EU-Binnenmarkt zu zahlen (die Wortwahl ist hier wichtig: „Zugang“ anstelle von „Mitgliedschaft“ ist die neue Agenda, z.B. mittels des von May angekündigten Freihandelsvertrages); darüber hinaus weichte Davis anscheinend die Haltung der Regierung zur neuralgischen Immigrationsdebatte auf, indem er zusagte, dass jedwede Einschränkung der Einwanderung „business-friendly“ geschehen werde.

Wenn also in diesen Wochen irgendetwas klar geworden ist, dann dass die britische Strategie alles andere als klar und Gegenstand heftigen Tauziehens zwischen Downing Street, Whitehall und dem Beamtenapparat des Civil Service ist, der die Details des Brexits aushandelt. Beleg dafür war der Rücktritt des Botschafters bei der EU, Sir Ivan Rogers, der in bemerkenswert undiplomatischer Weise seiner Furcht Ausdruck verlieh, dass Britannien infolge mangelnder Strategie quasi unfallartig aus der EU rausfallen könnte – all dies öffentlich in seinem ‚geleakten‘ Rücktrittsbrief nachzulesen. Die Affäre deutet auf große Reibungsflächen zwischen den Pro-Brexit-Ministern und den überwiegend europhilen MitarbeiterInnen des Civil Service hin; ein großes Risiko für den Erfolg der Verhandlungen. Dies verstärkt die Sorge vieler Beobachter, dass Großbritannien schlafwandlerisch in einen Rosenkrieg mit der EU stolpert, mit all den zugehörigen, dramatischen Konsequenzen für die Wirtschaft. Dieses Risiko ist mit der Aussage Theresa Mays, dass notfalls „kein Deal besser als ein schlechter Deal“ sei, nun sogar noch gestiegen – die jüngste Entscheidung des Supreme Court, dass das Parlament (und damit eine breite Brexit-Mehrheit) den Startschuss für die Austrittsverhandlungen zu geben hat, wird diese Verhandlungsposition nicht lockern und schon gar nicht den ganzen Prozess stoppen.



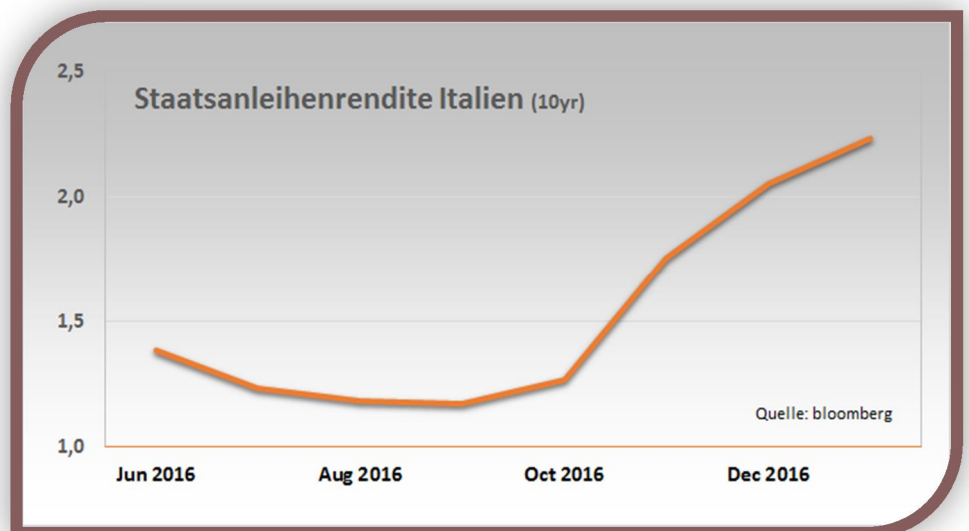
Italien steuert auf Neuwahlen noch dieses Jahr zu – Demonetisation beginnt Indiens Wirtschaft zu lähmen – Demokratie in Afrika auf dem Vormarsch

Die politischen Verhältnisse in Italien haben sich zuletzt einigermaßen stabilisiert, nachdem der vormalige Premierminister Matteo Renzi durch ein Verfassungsreferendum gefällt wurde, das er selbst angezettelt hatte. Renzi wollte noch am Tag nach der Niederlage zurücktreten, und wurde wenigstens davon von Staatspräsident Mattarella abgehalten, der ihn bat, mindestens im Amt zu bleiben bis ein kommissarischer Nachfolger gefunden wäre – eine Taktik, die binnen Tagen erfolgreich Außenminister Paolo Gentiloni auf Renzis Posten folgen ließ. So konnte eine Situation, die leicht hätte außer Kontrolle geraten und zu chaotischen Neuwahlen führen können, vor allem durch die ruhige Diplomatie von Sergio Mattarella entschärft werden, der Neuwahlen ablehnend

gegenübersteht, so lange zwei drastisch voneinander abweichende Wahlgesetze für die beiden Kammern des Parlaments nicht von der kommissarischen Regierung reformiert worden sind. Tatsächlich allerdings hat das Verfassungsgericht in einem ersten Urteil dazu den Boden für Neuwahlen bereitet, indem es wesentliche Teile der Änderungen des Wahlrechtes zur unteren Parlamentskammer verwarf,

die von der Regierung Renzi eingebracht worden waren – Änderungen, die eine Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Parteien vorgesehen hätten, um so eine stabile Regierung sicherzustellen. Am lautesten ruft die Partei nach Neuwahlen, die von diesem Gerichtsentscheid am meisten profitiert, die von Beppe Grillo angeführte, populistische Fünf-Sterne-Bewegung. Sie hofft im gleichfalls stark anti-Establishment geprägten politischen Klima des Landes zu reüssieren und rechnet sich Chancen darauf aus, stärkste Kraft zu werden – wenn auch vielleicht nicht mit mehr als 40% der Stimmen, was ihr extra Sitze im Parlament für eine absolute Mehrheit einbrächte. Ein weiterer Grund für den Präsidenten, auf Zeit zu spielen – ein Spiel, das er ausgezeichnet zu beherrschen scheint. Doch wird der Druck für Neuwahlen in den kommenden Monaten immer weiter zunehmen, nicht zuletzt, da auch die Demokratische Partei von Renzi und Gentiloni selbst Neuwahlen verlangt. Wir erwarten diese Wahlen daher spätestens in der 2. Jahreshälfte und damit mehrere Monate vor dem regulären Termin im Frühjahr 2018 – noch mehr Zunder politischen Risikos, das sich vor allem in Europa konzentriert und dieses Wirtschaftsjahr dominieren wird.

Es war erst in der vergangenen Ausgabe dieses Infobriefs, dass wir die prekäre Situation der **indischen Geldpolitik** kommentiert haben. Nun hat die Schock-Demonetisation von Premierminister Modi diese Situation noch verschärft. Erfahrene Beobachter wie auch die Regierung selbst gehen nach ersten Hochrechnungen davon aus, dass dieser monetäre Schock zwischen 0,6-1,0 Prozentpunkten reales BIP-Wachstum kosten wird, wenn auch auf dann immer noch stolze 6,8%. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe, das Lieblingskind des Premierministers in seinem Bestreben, die Wertschöpfung des Landes zu erhöhen, ist von der plötzlichen Störung des Geldangebots getroffen worden: In Indien werden über 80% aller



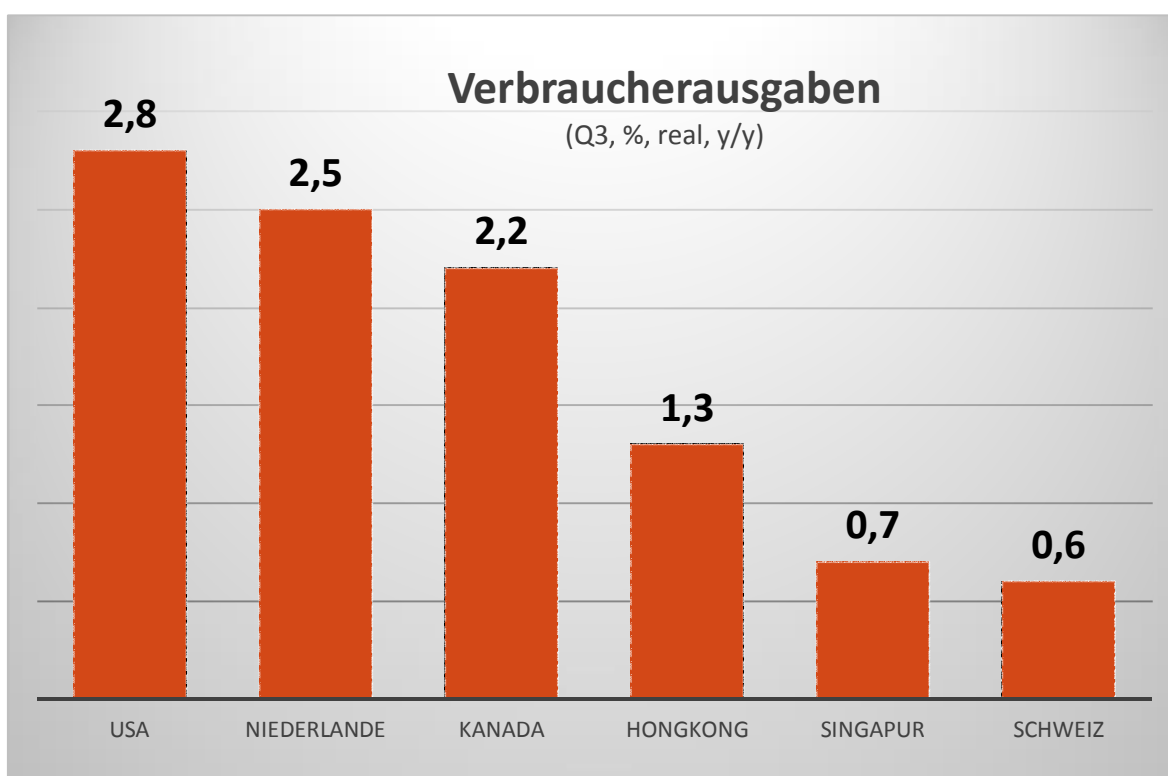
Zahlungsvorgänge in bar ausgeführt. Und obwohl tatsächlich die Beschleunigung des Wechsels auf elektronischen Zahlungsverkehr eines der Ziele dieser drastischen Reform ist (neben dem primären der Schwarzgeld-Bekämpfung), bleibt das grundlegende Hindernis doch unverändert: Allzu viele Inder haben gar kein Bankkonto, entweder wegen der damit verbundenen Kosten oder aber auf Grund immer noch weit verbreiteten Analphabetismus'. Und mobiles Bezahlen ist in Indien (im deutlichen Kontrast etwa zu Kenia) immer noch ein Mauerblümchen. Daher ist die Intention der Demonetisation womöglich richtig gewesen – doch mangelt es zu ihrer Umsetzung an der dafür erforderlichen Infrastruktur. Die verpfuschte Aktion hat auch politische Konsequenzen: Einflussreiche Kommentatoren ziehen nun – nicht zu Unrecht – die Unabhängigkeit der Zentralbank in starke Zweifel, die Regierung habe durch ihr unabgestimmtes Vorgehen in einer so zentralen geldpolitischen Entscheidung das Mandat der Bank gebrochen. Es bleibt abzuwarten, wie weit ausländische Investoren diese Einschätzung teilen; die indische Rupie hat bislang bemerkenswerte Resilienz gegenüber US-Dollar ebenso wie Euro und Yen bewiesen, relativ zur einschneidenden Wirkung der Demonetisation. Doch ist das Risiko vorhanden, dass die jüngeren Erfolge der indischen Geldpolitik im Kampf gegen die Inflation mit einem Schlag zerstört worden sein könnten – dann nämlich, wenn das Vertrauen der Bevölkerung in die Kompetenz der Zentralbanker durch diesen Stunt Schaden genommen haben sollte.

Die **Demokratie in Afrika** scheint langsam auf dem Vormarsch zu sein. Abseits von unstatthaften Vergleichen mit westlichen Staaten beginnen immer mehr afrikanische Länder dem Positivbeispiel Botswanas zu folgen – eine der bislang raren demokratischen Erfolgsgeschichten. So lange die Region ein autokratisches Verlies war, geplagt von Militärputschen und zudem einigen der grausamsten Bürgerkriege auf dem Kontinent, so sehr ist es nun vor allem Westafrika, das sich zur neuen Hochburg der Regierung mittels Stimmzettel statt Sturmgewehr mausert. So haben zum Beispiel in Ghana, wo mehrere Militärdespoten seit der Unabhängigkeit 1957 sich die Klinke in die Hand gaben, die Wahlen im Dezember den denkbar friedlichsten Machtwechsel seit einiger Zeit hervorgebracht. In der Elfenbeinküste schaffte es jüngst Präsident Alassane Ouattara, einen drohenden Militäraufstand mittels komplett gewaltfreien Maßnahmen abzuwehren (die dafür notwendigen Kuhhandel sind Markenzeichen auch westlicher Demokratien). Und in Gambia konnte drohendes Blutvergießen infolge der Weigerung des vormaligen Präsidenten Jammeh, seine Wahlniederlage anzuerkennen, nicht nur ebenfalls verhindert werden: Die glückliche Lösung dieses Konflikts kam überhaupt nur zu Stande, weil die Nachbarstaaten Gambias Partei für die Demokratie ergriffen und mit militärischer Intervention drohten, so dass Jammeh aus dem Land floh. Insbesondere Ghanas relativ mustergültige Wahlen und seine förderliche Rolle bei der Lösung des Konflikts in Gambia werfen ein hoffnungsvolles Licht auf die Widerstandsfähigkeit demokratischer Institutionen auf einem Kontinent, auf dem sie schon allzu oft von allzu Vielen abgeschrieben worden sind. Ghanas neuer Präsident, der Oxford-Absolvent Nana Akufo-Addo, wurde mit einem anti-Korruptions-, pro-Business und anti-Schulden-Wahlprogramm ins Amt gewählt – alles Dinge, die dieses ECOWAS-Mitglied in der Tat bitter benötigt (s. auch den zugehörigen Post im Bereich „Konjunkturticker“ auf unserer Internetseite). Leider gibt es natürlich auch stets Schatten, wo Licht ist: Die führende Volkswirtschaft der Region, Nigeria, hat sich in einer politischen Zwickmühle, zusammengesetzt aus Inkompetenz, Korruption und terroristischem Chaos verfangen. Präsident Buhari hat bislang nicht nur nichts von seinen Wahlversprechen umsetzen können: Durch die Einführung kontraproduktiver Devisenkontrollen zum Schutz der ölabhängigen Naira hat er die Ökonomie des Landes abgewürgt und ausländische Investoren abgeschreckt, die die benötigten US-Dollar buchstäblich auf der Straße organisieren mussten. Die Terrororganisation Boko Haram begegnet keiner nennenswerten Gegenwehr und bedroht nicht nur die nördlichen Bundesstaaten Nigerias, sondern auch Nachbarstaaten wie Kamerun. Und in Äthiopien, eines der vermeintlichen Wachstumswunder des Kontinents, stieß die von der Einheitspartei langjährig autokratisch gesteuerte Entwicklungspolitik schließlich doch auf gewaltsame Proteste der Bevölkerung, die ihrerseits mit brutaler Härte durch die Regierung niedergeschlagen wurden. Doch inmitten zahlreicher Erfolgsgeschichten erscheinen die beiden letztgenannten Fälle mittlerweile als die Ausnahmen, die Afrikas neue Regel bestätigen.

Statistisches Bulletin – Daten & Zahlen

--- Die **Industrieproduktion** in Singapur ist im Dezember geradezu explodiert, angeführt von exportintensiven Industrien, vor allem Elektronik und biomedizinische Geräte. In den USA setzte das Produktionswachstum seine positive Entwicklung fort und stieg zum ersten Mal seit mehr als einem Jahr in positives Territorium (auch wenn das nicht genügte, um die enttäuschenden BIP-Zahlen für das 4. Quartal ausreichend zu stützen). -- Die **Inflation der Lebensmittelpreise** in Kenia beginnt sich in einer Spirale zu drehen, vor allem wegen der Auswirkungen einer starken Dürre, die das Land heimsucht: Die Preise für Mais, das wichtigste Grundnahrungsmittel, stiegen bereits allein zweistellig in nur wenigen Monaten. In Kanada dagegen das genau entgegengesetzte Bild: Dort hat sich die Lebensmittel-Deflation so festgesetzt dass, neben anderen Gründen, die Bank von Kanada in krassem Kontrast zu den meisten anderen G7-Zentralbanken eine weitere Zinssenkung in Erwägung zieht. --- Der **Einkaufsmanagerindex für Dienstleistungen** in den USA hat seine Erholung fortgesetzt und damit die schwachen BIP-Wachstumswahlen des 4. Quartals etwas relativiert. In Frankreich zeigt die Statistik gleichfalls eine gewisse Verbesserung der Geschäftslage an, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau; das Land bleibt damit eine der Schlussleuchten in der Eurozone. --- Das **Geschäftsklima** in China (gemessen durch den NBS-Einkaufsmanagerindex) hat nach einem steilen Anstieg über 2016 hinweg zu einer Konsolidierung angesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob diese neuen Höhen Bestand haben oder sich als Strohfeuer entpuppen. In Spanien fiel die Kennzahl dagegen wieder in negatives Territorium zurück, in dem es infolge des politischen Patts beinahe für die gesamte Dauer von 2016 verharrt hatte. ---

Industrieproduktion (Dez., real, y/y)	Lebensmittelinflation (Dez., y/y)	PMI Dienstleistungen (Jan., Pkt.)	Geschäftsklima (Jan., Pkt.)
<ul style="list-style-type: none"> • Singapur (nom.): +21,3% 🟢 • USA: +0,5% 🟢 	<ul style="list-style-type: none"> • Kanada: -1,3% 🚫 • Kenia: +11,2% 🚫 	<ul style="list-style-type: none"> • USA.: 55,10 🟢 • Frankreich: 53,90 🟢 	<ul style="list-style-type: none"> • China (NBS PMI): 51,4 🔄 • Spanien: -2,8 🚫



Quellen: Trading Economics, bloomberg, comdirect, eigene Berechnungen

Disclaimer

Für die Richtigkeit der in dieser Publikation gemachten statistischen Angaben kann keine Gewähr übernommen werden. Die J.S. Research KG haftet darüber hinaus nicht für Handlungen, die auf der Grundlage der hier angebotenen Informationen vorgenommen werden. Dies erfasst insbesondere eine Haftung für entgangenen Gewinn, mittelbare Schäden, Folgeschäden, sonstige entgangene finanzielle Vorteile oder andere finanzielle Einbußen oder Vermögensschäden.

Urheberrecht

Diese Publikation und alle ihre Teile unterliegen dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung der J.S. Research KG. Soweit Inhalte in dieser Publikation nicht von der J.S. Research KG erstellt werden, werden die Urheberrechte Dritter beachtet; insbesondere werden Inhalte Dritter als solche gekennzeichnet. Sollten Sie trotzdem auf eine Urheberrechtsverletzung aufmerksam werden, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir uns umgehend um Abstimmung mit dem Rechteinhaber bemühen.

Impressum:
J.S. Research KG
Vertreten durch den Geschäftsführer Jakob Steffen
Dohlenweg 10, 42115 Wuppertal
Tel. 0202-27258653
office@j-s-research.org

